



OEW Breitband GmbH

Ausschreibung Fiberplattform

im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV

BEWERBERMEMORANDUM

Inhaltsverzeichnis

1.	Gegenstand des Verfahrens	3
2.	Vergabestelle – Auftraggeber	6
3.	Formale Angaben zum Verfahren	6
3.1.	Art des Verfahrens	6
3.2.	Teilnahmeberechtigung.....	7
3.3.	Bewerbergemeinschaften	7
3.4.	Eignungsleihe / Unterauftragnehmer	7
3.5.	Ablauf des Verfahrens.....	8
3.6.	Angebotswertung	9
4.	Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1).....	10
4.1.	Form und Frist der Teilnahmeanträge, Einreichung.....	10
4.2.	Inhalte der Teilnahmeanträge, Bewerberauswahl.....	10
4.2.1.	Nachweis der Eignung	10
4.2.2.	Mindestreferenzen	11
4.3.	Bewerberauswahl.....	11
4.4.	Nachforderung von Unterlagen	12
5.	Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens	12
5.1.	Einverständnis der Bewerber, Betrieb- und Geschäftsgeheimnisse	12
5.2.	Fragen zum Verfahren	12
5.3.	Änderung und Aufhebung des Verfahrens.....	13
5.4.	Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren	13
6.	Vergabekammer.....	14
7.	Anlagen	14

1. Gegenstand des Verfahrens

Die OEW Breitband GmbH als eine 100 % öffentlich gehaltene Gesellschaft (nachfolgend: „OEW“ bzw. „Auftraggeber“) schafft im Gebiet des Zweckverbands Oberschwäbische Elektrizitätswerke die Voraussetzungen für eine Versorgung mit FTTB/FTTH. In dieser Funktion plant und errichtet die OEW Breitband GmbH als Zuwendungsempfänger im Verbandsgebiet der OEW im Rahmen von sog. Betreibermodellen vorwiegend gem. Ziff. 3.2 der Förderrichtlinie des Bundes „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 26.04.2021 (Gigabit-Richtlinie 1.0) und vom 31.03.2023 (Gigabit-Richtlinie 2.0) sowie in Ausnahmefällen nach der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 22.10.2015 (Weiße-Flecken-Förderprogramm) mit den jeweils korrespondierenden Ko-Förderprogrammen des Landes Baden-Württemberg (VwV Breitbandmitfinanzierung bzw. VwV Gigabitmitfinanzierung) passive Telekommunikationsinfrastrukturen, um diese an einen Netzbetreiber zu verpachten und so die Versorgung im Projektgebiet mit breitbandigen Telekommunikationsdiensten zu gewährleisten.

Daneben unterstützt der Auftraggeber über 150 Kommunen und 8 Landkreise im OEW-Verbandsgebiet dabei, ihre in Eigenregie (entweder selbst als Zuwendungsempfänger im Weiße-Flecken-Förderprogramm oder eigenwirtschaftlich) errichteten und in über 15 Netzbetriebsverträgen gebündelten Netze als Zwischenverpächter und Pacht abrechnungsdienstleister an Netzbetreiber mit Betriebspflicht weiter zu verpachten.

Diese 15 Netzbetriebsverträge und die mit jeder der über 150 Kommunen und 8 Landkreise geschlossenen Pachtverträge hat der Auftraggeber zur Dienstleistung der Pacht abrechnung mit Zuschlag einer europaweiten Ausschreibung im August 2024 mit bis zu fünf Jahre zurückliegenden offenen und ausstehenden Pacht abrechnungssachverhalten übernommen.

Daneben unterstützt der Auftraggeber im Rahmen seiner Kapazitäten Kommunen im OEW-Verbandsgebiet mittels eines potenziellen Dienstleistungskatalogs bei ihren in Eigenregie abgewickelten Verträgen. Solche Leistungen müssen von den Kommunen unter Beachtung des Vergaberechts vor jedem Dienstleistungsfall beauftragt werden. Einen Rahmenvertrag gibt es diesbezüglich nicht.

Vor diesem Hintergrund koordiniert der Auftraggeber den geförderten Glasfaserausbau in sechs Landkreisen in Baden-Württemberg. Er baut nicht selbst, sondern steuert und kontrolliert externe Generalübernehmer (GÜ), Generalunternehmer (GU), Planungsbüros und

weitere Partner im Auftrag der Kommunen. Ein wichtiges Element dient hierbei das Netzwerk Inventory als zentrale, georeferenzierte Ressourcendatenbank des Netzbetreibers mit Topologie, Konfigurationshistorie und Lebenszyklus aller Netzelemente.

Vor dem Hintergrund eines geplanten Bauvolumens von rund 1,6 Mrd. EUR und einer Projektlaufzeit der Bauvorhaben bis 2032 stößt die bisherige Projektsteuerung an ihre Grenzen. Um den deutlich gestiegenen Anforderungen Rechnung zu tragen, wird eine Toollandschaft benötigt, die die Kernprozesse entlang der Wertschöpfungskette durchgängig unterstützt.

Die zunehmende Anzahl paralleler Projekte (ca. 120 Projekte), die Vielzahl an beteiligten internen und externen Stakeholdern sowie der komplexe förder- und regulierungsrechtliche Rahmen machen eine zentrale, integrierte Fiberplattform erforderlich, die diese Ergebnisstränge durchgängig, skalierbar und revisionssicher unterstützt.

Gegenstand dieses Vergabeverfahrens ist die Beschaffung und Implementierung einer zentralen, skalierbaren und zukunftssicheren IT-Plattform („Fiberplattform“) für den Auftraggeber. Die angebotene Komplettlösung soll die Kernprozesse Adressmaster, Planung, Bau, Dokumentation und Inventarisierung sowie ggf. Workflow-Tools bereitstellen und integrieren. Dies gilt insbesondere auch für alle förder- und abrechnungsrelevanten Prozesse. Diese sollen zukünftig automatisiert, ohne Medienbrüche und auf einer einheitlichen Datenbasis gesteuert werden. Wichtig darüber hinaus ist die durchgängige Unterstützung der Abrechnung über den gesamten Lebenszyklus der Ausbauprojekte hinweg und eine einheitliche, konsistente Datenbasis („Single Source of Truth“).

Um der Vielzahl an Beteiligten das Arbeiten über Unternehmensgrenzen hinweg zu ermöglichen, muss diese Plattform ein konfigurierbares Rollen- und Rechtekonzept bereitstellen, das die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure über Unternehmensgrenzen hinweg sicherstellt. Die Fiberplattform kann als „Best of Suite“- oder „Best of Breed“-Ansatz mit einem Generalunternehmer bzw. einer Bietergemeinschaft realisiert werden. Aus Perspektive des Auftraggebers werden die jeweiligen Lösungen aber als eine durchgehende, funktionale Lösung verstanden, die end-to-end integriert bereitgestellt werden muss. Notwendig sind ferner eine technische Integrationsschicht sowie begleitende Dienstleistungen. Bestehende Systeme wie Microsoft Dynamics 365 Business Central (Finanzbuchhaltung, Rechnungsdaten, Kostendaten), Tool für Rechnungsworkflow GIS- und CRM-Systeme werden über definierte Schnittstellen angebunden und dort weiterbetrieben, wo sie fachlich sinnvoll sind. Eine detaillierte Übersicht zu den Bestandssystemen ist verfügbar und wird nach Übersendung der Vertraulichkeitsmitteilung (Anlage 3) über die Vergabeplattform bereitgestellt.

Die wesentlichen Ziele des Vorhabens sind insbesondere:

- Bereitstellung einer skalierbaren, zukunftssicheren Plattform zur durchgängigen Unterstützung der Kernprozesse (Adressmaster, Planung, Bau, Dokumentation und Inventarisierung sowie ggf. Workflow-Tools);
- Harmonisierung und Standardisierung der Prozess- und Systemlandschaft im Bereich des geförderten Glasfaserausbaus in sechs Landkreisen;
- Schaffung einer einheitlichen, konsistenten Datenbasis zur Erhöhung von Transparenz, Effizienz, Datenqualität und Revisionssicherheit;
- Sicherstellung einer hohen Integrationsfähigkeit zu bestehenden und zukünftigen Systemen (u. a. ERP, GIS, DMS, CRM, Abrechnungssysteme, Berichtswesen/BI);
- Unterstützung des Hochlaufs im Glasfaser-Ausbau bei gleichzeitiger Einhaltung der förder- und beihilferechtlichen Vorgaben;
- Erhöhung des Automatisierungsgrades in allen Prozessen bei gleichzeitiger Reduktion der Medienbrüche sowohl innerhalb der Prozesse als auch zwischen den unterschiedlichen Akteuren;

Folgende Rahmenbedingungen muss die gesuchte Lösung zwingend bereitstellen:

- Hosting und Datenhaltung ausschließlich in zertifizierten Rechenzentren innerhalb der Europäischen Union bzw. des Europäischen Wirtschaftsraums (EU/EWR); kein Drittlandtransfer ohne ausdrückliche Zustimmung des Auftraggebers.
- Revisionssichere Ablage und Verarbeitung förder- und vertragsrelevanter Unterlagen nach GoBD, insbesondere für Förderanträge, Zuwendungsbescheide, Mittelabrufe, Zwischen- und Endverwendungsnachweise sowie Vergabeentscheidungen.
- Berücksichtigung der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“ (1.0 bzw. 2.0), oder Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland sowie der korrespondierenden Landesförderprogramme bzw. Kofinanzierungsprogrammen.
- Verarbeitung personenbezogener Daten ausschließlich im Einklang mit den Bestimmungen der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung, DSGVO) sowie den einschlägigen nationalen Datenschutzvorschriften.

- Grundlegende Integrationsfähigkeit mit den OEW-Bestandssystemen (ERP, DMS, GIS, CRM); eine detaillierte Übersicht zu den Bestandssystemen ist verfügbar und wird nach Übersendung der Vertraulichkeitsmitteilung (Anlage 3) über die Vergabeplattform bereitgestellt.

2. Vergabestelle – Auftraggeber

Vergabestelle und Auftraggeber sind die OEW Breitband GmbH.

Die OEW Breitband GmbH wird in den Vergabeunterlagen sowie dessen Anlagen gleichbedeutend auch als „Auftraggeber“ oder „Vergabestelle“ bezeichnet. Die Bewerber und Bieter werden gleichbedeutend auch als oder „Auftragnehmer“ bezeichnet. Auftraggeber und Auftragnehmer werden gemeinsam auch als „Parteien“ und „Vertragspartner“ bezeichnet.

Die Vergabestelle wird in diesem Verfahren beraten und unterstützt von:

Menold Bezler Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer Partnerschaft mbB
Rechtsanwalt Dr. Martin Ott
Rechtsanwalt/Fachanwalt für Vergaberecht Dr. Markus Schildknecht
Stresemannstraße 79
70191 Stuttgart

3. Formale Angaben zum Verfahren

3.1. Art des Verfahrens

Aufgrund des geschätzten Auftragswerts der zu vergebenden Leistungen erfolgt die Ausschreibung europaweit in einem Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach den Regelungen des GWB sowie der VgV.

Das Verfahren wurde dem Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU zur europaweiten Bekanntmachung übersandt und im Supplement des Amtsblatts der EU veröffentlicht. Die Vergabebekanntmachung ist auf der Homepage <http://ted.europa.eu> abrufbar.

3.2. Teilnahmeberechtigung

Teilnahmeberechtigt sind alle natürlichen und juristischen Personen, die die in der Vergabebekanntmachung geforderte Eignung aufweisen sowie Bewerbergemeinschaften, die die Eignungsanforderungen erfüllen.

Beteiligt sich ein Unternehmen mehrfach – sei es als Bewerber, Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder Unterauftragnehmer – an diesem Vergabeverfahren, so kann dies zum Verfahrensausschluss aller Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen das jeweilige Unternehmen beteiligt bzw. als Unterauftragnehmer vorgesehen ist, führen.

3.3. Bewerbergemeinschaften

Unternehmen können sich für die Teilnahme an diesem Verfahren zu Bewerbergemeinschaften zusammenschließen. Bewerbergemeinschaften stehen Einzelbewerbern gleich.

Eine nachträgliche Bildung von Bewerbergemeinschaften nach Ende der Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags ist nicht zulässig.

Bewerbergemeinschaften haben eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in welcher sie die Aufgabenteilung innerhalb der Bewerbergemeinschaft darstellen, einen bevollmächtigten Vertreter der Bewerbergemeinschaft benennen und erklären, dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft im Vergabeverfahren sowie im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haften.

3.4. Eignungsleihe / Unterauftragnehmer

Ein Bewerber kann zum Nachweis seiner Eignung (wirtschaftliche und finanzielle sowie technische und berufliche Leistungsfähigkeit) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen (Eignungsleihe). Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bewerber und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen. In diesem Fall ist der Vergabestelle nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens vorgelegt wird.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach der europaweiten Vergabebekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB auch für diese Unternehmen vorzu-

legen. Werden die vorstehend dargestellten Eignungsanforderungen nicht erfüllt oder liegen Ausschlussgründe gemäß § 123 Abs. 1 bis 4 GWB vor, so ist das Unternehmen auf Aufforderung der Vergabestelle innerhalb einer von dieser vorgegebenen Frist zu ersetzen. Liegen Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 GWB vor, so kann die Vergabestelle verlangen, dass der Bewerber das Unternehmen ersetzt.

Nicht eignungsrelevante Unterauftragnehmer sind mit dem Teilnahmeantrag noch nicht zu benennen.

3.5. Ablauf des Verfahrens

Das Verhandlungsverfahren wird in zwei Phasen durchgeführt:

Phase 1 – Teilnahmewettbewerb:

Interessierte Unternehmen sind in der derzeit stattfindenden Phase 1 zur Beteiligung am Teilnahmewettbewerb aufgefordert.

Phase 2 – Angebots- und Verhandlungsphase:

Die Vergabestelle wird drei bis fünf Bewerber, die ihre Eignung nachgewiesen haben, zur Abgabe eines ersten Angebots auffordern. Die Vergabeunterlagen werden allen zur Abgabe eines ersten Angebots aufgeforderten Teilnehmern zeitgleich zur Verfügung gestellt. Der geforderte Inhalt der Angebote ist in den Vergabeunterlagen dargestellt, die den im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs ausgewählten und zur Abgabe eines Angebots aufgeforderten Bewerbern zugehen werden.

Die ersten Angebote werden auf Grundlage der Zuschlagskriterien, die den für das Verhandlungsverfahren ausgewählten Bewerbern mitgeteilt werden, bewertet. Auf dieser Grundlage wird ein Bierranking erstellt. Pro Bieter darf nur ein Hauptangebot abgegeben werden.

Die Vergabestelle behält sich vor, im Rahmen des an die erste Wertung anschließenden Verhandlungsverfahrens sukzessive weniger gut platzierte Bieter auszuschneiden, nur mit einzelnen anhand der Wertung besser platzierten Bietern in (weitere) Verhandlungen zu treten und Endverhandlungen nur mit einem Unternehmen zu führen. Die Vergabestelle behält sich vor, schon auf Grundlage des ersten Angebots entsprechend zu verfahren.

Nach ggf. erfolgter Durchführung der Verhandlungen sowie Prüfung und Wertung der Angebote wird dem auf Grundlage der Zuschlagskriterien wirtschaftlichsten Angebot der Zuschlag erteilt.

Für das gesamte Verfahren ist folgender **Terminplan** vorgesehen:

30. Juni 2026	Ablauf der Teilnahmefrist um 12.00 Uhr
Mitte Juli 2026:	Aufforderung zur Abgabe eines ersten indikativen Angebots
Ende August 2026:	Ende der Frist zur Erstellung des indikativen Angebots
September 2026:	Bietergespräche inkl. Vertragsverhandlungen
Oktober 2026:	Verfahrensabschluss und Beauftragung

Die vorgenannten Termine sind unverbindlich. Den zur Angebotsabgabe ausgewählten Bewerbern werden die genauen Termine mit Aufforderung zur Angebotsabgabe gesondert mitgeteilt.

3.6. Angebotswertung

Die Bewertung der Angebote und damit die Auswahl des wirtschaftlichsten Angebots erfolgt nach folgenden Kriterien:

Gesamtkosten	50 %
Anforderungsvergleich (Funktional & Non-Funktional) (Leistungspunkte)	25 %
Projektzeitplan zur Umsetzung	15 %
Personelle Ausstattung & Qualität	10 %
Summe	100 %

Die für die Angebotsphase ausgewählten Bieter erhalten nähere Informationen zu den Zuschlagskriterien und möglichen Unterkriterien. Die Vergabestelle behält sich eine geringfügige Modifikation der Zuschlagskriterien vor.

4. Formale Vorgaben zum Teilnahmewettbewerb (Phase 1)

4.1. Form und Frist der Teilnahmeanträge, Einreichung

Für die Abgabe des Teilnahmeantrags stellt die Vergabestelle das in der Anlage 1 beige-fügte **Teilnahmeformular** zur Verfügung.

Der Teilnahmeantrag muss elektronisch in Textform (§ 126b BGB) über das Online-Vergabeportal (<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMZMS3Z>) bis spätestens

Dienstag, 30. Juni 2026, 12:00 Uhr

eingereicht werden.

Die Dateien müssen im Dateiformat „**PDF**“ eingereicht werden.

Es wird empfohlen, rechtzeitig vor Ende der Teilnahmefrist die Übermittlung des Teilnahmeantrags (mindestens 24 Stunden vor Ablauf der oben genannten Teilnahmefrist) zu testen. Bei technischen Problemen und Fragen in diesem Zusammenhang finden Sie unter www.dtv.de weitergehende Informationen und Kontaktmöglichkeiten zum Support der Vergabepattform. Die Vergabestelle kann zu technischen Fragen im Zusammenhang mit der Abgabe des Teilnahmeantrags grundsätzlich keine Auskünfte erteilen.

Anderweitig auf elektronischem oder postalischem Wege übermittelte Teilnahmeanträge, wie z.B. per Telefax oder auch per E-Mail, sind nicht zugelassen.

4.2. Inhalte der Teilnahmeanträge, Bewerberauswahl

4.2.1. Nachweis der Eignung

Im Teilnahmeantrag ist die Eignung gemäß den Vorgaben der EU-weiten Vergabebe-kanntmachung nachzuweisen. Die vorzulegenden Erklärungen und Nachweise ergeben sich aus den Vorgaben des Teilnahmeformulars (Anlage 1 zu diesem Bewerbermemo-randum).

Die Eignung ist für jeden Bewerber bzw. – bei Bewerbergemeinschaften – jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft gesondert nachzuweisen.

Zum Nachweis der Eignungsanforderungen ist das ausgefüllte **Teilnahmeformular** inklusive der dort aufgeführten Anlagen oder eine entsprechend den Vorgaben ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung vorzulegen.

4.2.2. Mindestreferenzen

Wie aus der Vergabebekanntmachung ersichtlich, sind folgende Mindestreferenzen nachzuweisen:

Nachweis von mindestens einem Referenzprojekt über vergleichbare Fiberplattformen. Das Go-Live muss innerhalb der letzten fünf Jahren stattgefunden haben (nicht vor 1.6.2021).

4.3. Bewerberauswahl

Die Bewertung der Teilnahmeanträge und somit die Auswahl der Bewerber, die zur Abgabe eines ersten Angebots aufgefordert werden, erfolgt in einem dreistufigen Verfahren.

1. Stufe:

Zunächst wird geprüft, ob die Bewerbungen den formalen Vorgaben genügen. Unvollständige Bewerbungen, die trotz ggf. erfolgter Nachforderung von Unterlagen weiterhin unvollständig bleiben, können nicht berücksichtigt werden.

2. Stufe:

Anschließend wird beurteilt, ob die Bewerber nach den vorgelegten Angaben, Erklärungen und Nachweisen grundsätzlich geeignet erscheinen, die vergabegegenständlichen Leistungen ordnungsgemäß zu erbringen.

3. Stufe:

Schließlich wird für den Fall, dass mehr als drei grundsätzlich geeignete Unternehmen sich beworben haben, unter den Bewerbern anhand der Mindestreferenzen der Bekanntmachung beurteilt, wer unter den als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern mit Blick auf die zu erbringenden Leistungen besonders geeignet erscheint und daher am weiteren Verfahren beteiligt werden soll. In diesem Zusammenhang wird die besondere Vergleichbarkeit zu den hier ausgeschriebenen Leistungen berücksichtigt.

Bewertet wird die Mindestreferenz und maximal eine weitere Referenz entsprechend der Anlage „Auswahl Teilnahmewettbewerb“ (Anlage 4).

In Summe können daher 100 Punkte, d.h. 50 Punkte pro Referenz, erzielt werden. Bei Gleichstand entscheidet das Los.

4.4. Nachforderung von Unterlagen

Die Vergabestelle behält sich vor, von den Bewerbern die Nachreichung, Vervollständigung und/oder Korrektur von Unterlagen im Rahmen des vergaberechtlich Zulässigen zu verlangen. Werden Unterlagen nicht fristgemäß nachgereicht, vervollständigt oder korrigiert, wird der Teilnahmeantrag ausgeschlossen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

5. Weitere Rahmenbedingungen des Verfahrens

5.1. Einverständnis der Bewerber, Betrieb- und Geschäftsgeheimnisse

Jeder am Verfahren beteiligte Bewerber erklärt sich durch seine Beteiligung und Mitwirkung mit den vorliegenden Verfahrensbedingungen einverstanden. Verlautbarungen jeder Art über Inhalt und Ablauf des Verfahrens vor und während der Laufzeit des Wettbewerbs sowie des ggf. anschließenden Vergabeverfahrens einschließlich der Veröffentlichung aller Ergebnisse dürfen nur durch die Vergabestelle und ihre Bevollmächtigten abgegeben werden.

Jeder Bewerber willigt durch seine Beteiligung am Verfahren ein, dass seine personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit dem o.g. Verfahren in Form einer automatisierten Datei geführt werden. Eingetragen werden Name, Vertreter, Anschrift, Telefonnummer und E-Mail-Adresse. Nach Abschluss des Verfahrens werden diese Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht.

Jeder Bewerber hat mit Übersendung von Unterlagen im Teilnahmewettbewerb bzw. in den nachfolgenden Vergabeverhandlungen diejenigen Unterlagen deutlich kenntlich zu machen, die Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten und in welche nach Auffassung des Bewerbers daher im Falle eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens die Akteneinsicht durch Dritte zu versagen ist.

5.2. Fragen zum Verfahren

Interessenten haben die Möglichkeit, auf den Teilnahmewettbewerb bezogene Rückfragen zu diesem Vergabeverfahren mittels Vergabeplattform

<https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMZMS3Z>

zu stellen.

Bitte beachten Sie:

Antworten zu rechtzeitig eingehenden Bewerberfragen sowie aktualisierte oder weitere Unterlagen, welche sämtliche Interessenten und Bewerber im Verfahren betreffen, werden unter vorstehend genanntem Link zur Verfügung gestellt.

Bewerber müssen sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Teilnahmeantrags prüfen, ob seitens der Vergabestelle zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, welche für die Abgabe des Teilnahmeantrags zu beachten sind.

Verbindlicher Bestandteil der Unterlagen für den Teilnahmewettbewerb werden die unter vorstehendem Link veröffentlichten Antworten und Informationen. Mündliche Auskünfte und Erklärungen haben keine Gültigkeit.

5.3. Änderung und Aufhebung des Verfahrens

Die Vergabestelle behält sich vor, den Teilnahmewettbewerb zu jedem Zeitpunkt zu modifizieren oder durch einfache Mitteilung zu beenden, insbesondere dann, wenn nicht genügend qualifizierte Bewerbungen eingehen. Im Falle der Beendigung des Verfahrens während des Teilnahmewettbewerbs sind Ansprüche gegen die Vergabestelle ausgeschlossen.

Bewerber, die ihre Bewerbungsunterlagen im Verlauf des Verfahrens ganz oder teilweise publizieren oder Dritten ohne Einverständnis der Vergabestelle aushändigen, können vom Verfahren ausgeschlossen werden.

Die Vergabestelle ist nicht verpflichtet, den Zuschlag zu erteilen. Sie ist berechtigt, das Vergabeverfahren aufzuheben.

Den Bewerbern/Bietern stehen für den Fall der Aufhebung des Verfahrens oder ihres Ausschlusses keine Ansprüche auf Erstattung von Aufwendungen, Schadensersatz o.ä. zu.

5.4. Kostenerstattung für die Teilnahme am Vergabeverfahren

Für das Bearbeiten und Erstellen der Teilnahmeanträge sowie der Angebote wird den Bewerbern keine Entschädigung gewährt.

6. Vergabekammer

Für Nachprüfungsverfahren zuständige Stelle:

Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe
Durlacher Allee 100
76137 Karlsruhe
Telefax: +49 721 926-3985

7. Anlagen

- Anlage 1: Teilnahmeformular
- Anlage 2: Information DSGVO
- Anlage 3: NDA-Vertraulichkeitserklärung
- Anlage 4: Auswahlkriterien Teilnahmewettbewerb
- Anlage 5: Übersicht Systeme (wird erst nach Abgabe der NDA übermittelt)